Vorsorgeforum
Der Newsletter zur 2. Säule

472 **13.2.2023**
BVG-Aktuell / Termine / Links / Themen

Newsletter als PDF zum Herunterladen und Ausdrucken hier.

An *|FNAME|* *|LNAME|*

KOMMENTAR

Holzweg III

If you don't know where you are going, you might wind up someplace else.
Yogi Berra

Eine wunderliche Geschichte, diese BVG-Reform. Sie beginnt mit einer Überraschung: Die Sozialpartner (oder besser Teile davon) können sich gegen alle Erwartung auf einen gemeinsamen Vorschlag, genannt Kompromiss, einigen - im Kern ein Gewerkschaftsmodell. Im Parlament hat dann aber die vom Bundesrat per Copy Paste erstellte Vorlage zu Recht keine Chance.

Die Räte werden selbst aktiv; erst im Nationalrat mit einer einigermassen valablen, neuen Fassung, die dann in der SGK des Ständerats so verschlimmbessert wird, dass die Kommission mit ihren Anträgen im eigenen Rat scheitert. Die Neuauflage in der nächsten Session kommt etwas reduziert, aber immer noch mit grosszügigen «sozialen Verbesserungen» durch, auf welche die SGK des Nationalrats nun weitgehend eingegangen ist. Im März kommt es zum Schlussgang mit der Differenzbereinigung.

Die Historie bis zum heutigen Stand wurde an dieser Stelle getreulich und aufmerksam verfolgt und kommentiert. Ist es das Wechselbad von Enttäuschung, Überraschung, Hoffnung und neuerlicher Enttäuschung, das schliesslich zu einer Art melancholischer Erschöpfung geführt hat? Ich gebe zu, es fällt zunehmend schwer, das Interesse wachzuhalten. Darf man fragen: wem liegt noch etwas an dieser Reform? Sie sei dringend und wichtig, wird eifrig beteuert. Wirklich?

Die Vorlage soll deshalb sozial aufgehübscht und damit «mehrheitstauglich» gemacht werden. Ein erneuter bürgerlicher Abstimmungserfolg in Vorsorge-Fragen gegen die Linke wird angepeilt, welche gezielt den Abstimmungs-Showdown als letzten Ausweg aus ihrer verbockten Lage sucht. Sie hat trotz massiver Unterstützung durch Berset nie wirkungsvoll in die Debatte eingreifen können.

Anscheinend haben die Bürgerlichen sich in der SGK-N «zusammengerauft». Das Resultat ist fragwürdig. Es werden Zuschläge für Neurentner geplant, die von der UWS-Senkung nicht betroffen sind und die «solidarische» Finanzierung von Kompensationsmassnahmen gefordert, für welche Rückstellungen bestehen - alles unter dem Betriff «sozial». Der Begriff

hat auch schon bessere Zeiten erlebt. Und damit die Wohltaten dem Volk verkauft werden können, ist schwer auszumachen, wer für was wieviel bezahlt oder profitiert.

Bleibt der bürgerliche Konsens im Nationalrat bestehen? Die SVP verlangt Kostenreduktion, das Gewerbe auch. Dringen sie damit nicht durch, droht das Geschäft schon im Parlament zu scheitern, andernfalls in einer Volksabstimmung. Nach Jahren mit endlosen Debatten, Beratungen, Analysen - wieder nichts. Aber der Vorlage in ihrer jetzigen Form wird man kaum nachtrauern, trotz grossem, absehbarem Wehklagen nach einem Scheitern. Die Kollateralschäden dürften sich in Grenzen halten.

Wären die Erfolgschancen bei einem neuerlichen Anlauf besser? Nicht, solange man sich auf das Schrauben an den technischen Parametern konzentriert und die Kompensation zu einer Frage der sozialpolitischen Moral hochstilisiert. Es ist dies die Konsequenz der absurden Festlegung des Mindest-UWS im Gesetz, welche jede versicherungstechnische Anpassung in die Abgründe politischer Fundamentaldebatten stürzt.

Aber vielleicht, wer weiss, kommt es eines Tages wieder besser. Im Ranking der besten Vorsorgesysteme hat die Schweiz zwar etliche Positionen eingebüsst, aber solange es gelingt, die Säulen getrennt zu halten und die zweite nicht vollends sozialisiert, ist alles möglich.

Peter Wirth, E-Mail

AKTUELL

UBS PK-Performance Februar 23

9. Februar 2023

- Die Pensionskassen im UBS-Sample erzielten im Januar insgesamt eine durchschnittliche Performance von 2,61% nach Gebühren. Seit Messbeginn 2006 steht die Rendite bei 65,33%.
- Die Bandbreite der Performance aller Pensionskassen lag im letzten Monat bei 3,56 Prozentpunkten. Alle Vorsorgeeinrichtungen verzeichneten ein positives Ergebnis. Das beste (4,07%) und schlechteste (0,51%) Ergebnis lieferten die kleinen Pensionskassen mit verwalteten Vermögen von weniger als CHF 300 Mio. Die

Bandbreite der mittleren Pensionskassen mit verwalteten Vermögen zwischen CHF 300 Mio. und CHF 1 Mrd. war mit 1,61 Prozentpunkten am kleinsten.

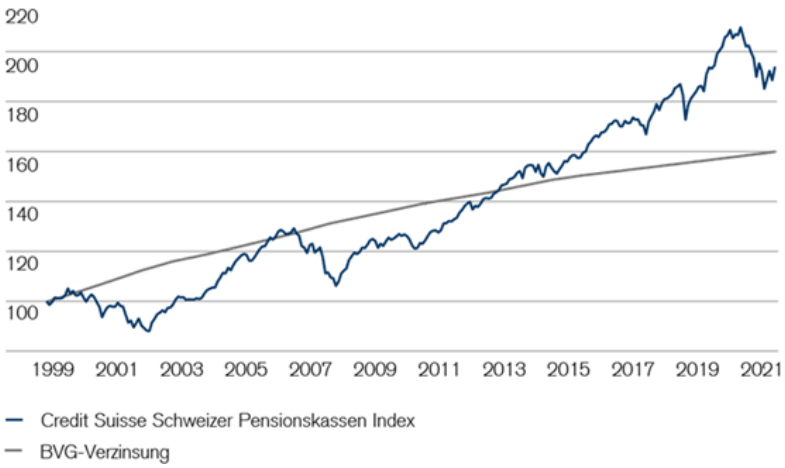
Monatlicher Durchschnitt, gleichgewichtet, nach Gebühren, in Prozent

Monat	PK unter 300 Mio.	PK 300 Mio. bis 1 Mrd.	PK über 1 Mrd.	PK Alle
Feb. 22	–1,95	–1,68	–1,56	–1,73
Mrz. 22	0,33	0,36	0,28	0,32
Apr. 22	–1,35	–1,42	–1,41	–1,4
Mai. 22	–1,17	–1,15	–0,99	–1,08
Jun. 22	–3,7	–3,29	–3,35	–3,46
Jul. 22	2,55	2,6	2,65	2,61
Aug. 22	–1,38	–1,43	–1,47	–1,43
Sep. 22	–3,9	–3,43	–3,5	–3,63
Okt. 22	2,02	1,83	1,81	1,89
Nov. 22	1,87	1,72	1,82	1,82
Dez. 22	–1,98	–1,88	–1,93	–1,94
Jan. 23	2,7	2,59	2,49	2,61
Jahr 2023	**2,7**	**2,59**	**2,49**	**2,61**

Weiterlesen »

CS PK-Index Januar 2023

8. Februar 2023



CS. Im Januar legt der Pensionskassen Index um 5,20 Punkte bzw. 2,76% zu. Per 31. Januar 2023 steht der Index bei 193,82 Punkten, ausgehend von 100 Punkten zu Beginn des Jahres 2000.

Der Hauptanteil an der positiven Entwicklung im Januar ist den Aktien (+1,95%) zuzuschreiben. Der Renditebeitrag von Aktien Ausland beträgt 1,21% und derjenige der Aktien Schweiz 0,74%. Die Anlageklassen Obligationen (+0,66%), Immobilien (+0,08%) und

Alternative Anlagen (+0,05%) haben mit positiven Renditebeiträgen das Monatsergebnis zusätzlich erhöht. Die restlichen Anlagekategorien waren unauffällig.

BVG-REFORM

BVG-Reform: Nationalrat in Richtung Ständerat

4. Februar 2023

SGK. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) ist in der Differenzbereinigung zur BVG-Reform in zentralen Punkten den Beschlüssen des Ständerates gefolgt. Insbesondere bei den Kompensationsmassnahmen für die Übergangsgeneration sieht sie im Modell des Ständerates eine mehrheitsfähige Kompromisslösung. Eine gewichtige Differenz verbleibt bei der Höhe und Ausgestaltung des Koordinationsabzugs.

Gestützt auf die an der letzten Sitzung in Auftrag gegebenen Berichte und Berechnungen der Verwaltung hat die Kommission die erste Runde der Differenzbereinigung bei der BVG-Reform (20.089) abgeschlossen. Sie hat erneut bekräftigt, dass eine ausgewogene Reform mit einer Senkung des Umwandlungssatzes verabschiedet werden soll. Trotz in letzter Zeit gestiegener Leitzinsen sei eine solche unumgänglich. Im Bestreben einen mehrheitsfähigen Kompromiss zu zimmern, hat sich die Kommissionsmehrheit dabei in vielen Punkten der Lösung des Ständerates angeschlossen.

Weiterlesen »

“Die nächste Rentenreform ist einen grossen Schritt weiter”

4. Februar 2023

Der bürgerliche Schulterschluss scheint zu halten: Die Reform der beruflichen Vorsorge soll in der Märzsession abgeschlossen werden. SVP allerdings mit Vorbehalten. Bundeshausredaktor Fabian Schäfer schreibt in der NZZ:

Und wieder zeichnet sich dieselbe Konstellation ab wie bei der AHV: Die Linke kämpft gegen das geschlossene bürgerliche Lager inklusive GLP. Die Gewerkschaften haben bereits das Referendum angekündigt, obwohl noch unklar ist, wie die Vorlage genau aussieht. Im Zentrum steht die Reduktion des gesetzlichen Umwandlungssatzes, der über die Höhe neuer Renten entscheidet. Der Satz soll mit Blick auf Anlagerenditen und Lebenserwartung von 6,8 auf 6 Prozent sinken. Die meisten Pensionskassen haben schon lange tiefere Sätze, weil ihre Leistungen über das gesetzliche Minimum hinausgehen.

Umstritten ist die Frage, ob die Reduktion nur für die unmittelbar betroffenen Versicherten kompensiert werden soll oder darüber hinaus. Wie die Kommissionsentscheide zeigen, dürften sich in diesem Streitpunkt innerhalb des bürgerlichen Lagers diejenigen Kräfte durchsetzen, die eine «sozialere» Lösung fordern. Die Mehrheit will in der 15-jährigen Übergangsphase mehr Rentenzuschläge verteilen als vom Nationalrat letztes Jahr beschlossen. Die Kommission übernimmt hier den Vorschlag des Ständerats.

Weiterlesen »

BVG-Reform aus Sicht der Versicherer

3. Februar 2023

In der Handelszeitung sind die fünf für die Assekuranz zentralen Aspekte der laufenden BVG-Reform zusammengefasst.

Senkung des Mindestumwandlungssatzes
Der SVV begrüsst die Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6,0 Prozent in einem Schritt. Der Satz von 6,8 Prozent ist deutlich zu hoch; der korrekte Wert, damit das angesparte Kapital bis ans Lebensende ausreicht, liegt gemäss Experten in der Grössenordnung von 5 Prozent.

Im Rahmen des BVG muss deshalb heutzutage das Altersguthaben für jeden Neurentner um über einen Drittel aufgestockt werden. Pro 100’000 Franken Altersguthaben müssen somit

mindestens 33’300 Franken zusätzlich bereitgestellt werden, um die Altersrente von 6’800 Franken zu finanzieren.

Weiterlesen »

Beton und andere Hindernisse

3. Februar 2023

Hansueli Schöchli kommentiert in der NZZ die Drohung von SGB-Präsident Maillard, das Referendum gegen die BVG-Reform zu ergreifen, auch wenn das Geschäft im Parlament noch gar nicht durchberaten ist. Aktuell ist die SGK-N mit der Reform beschäftigt.

> Der Gewerkschaftspräsident Pierre- Yves Maillard hat im “Blick” schon vor dem Ende der Parlamentsdebatten das Referendum angekündigt. Das nennt man Beton. Das Grundproblem der Linken mit der zweiten Säule: Man spart hier für sich selber, und das erschwert versteckte Umverteilungen von oben nach unten und von Jung zu Alt. In der AHV ist das Versteckspiel leichter.
>
> Die Pensionskassenreform hat nur eine Chance, wenn sich die Bürgerlichen zusammenraufen. Die Senkung des Rentenminimums könnte man aber angesichts der unsäglichen Debatte zu “Kompensationen” getrost fallenlassen. Ein Scheitern schon im Parlament wäre nicht “schlimm”: Das gesetzliche Rentenminimum gilt nur für das Obligatorium der beruflichen Vorsorge, und die meisten Pensionskassen haben genügend überobligatorisches Kapital, um mit einer Mischrechnung mathematisch angemessene Renten zu zahlen.
>
> Wer dies nicht kann, müsste ohne Reform die überhöhten Rentengarantien mit Beitragserhöhungen finanzieren: das wäre das kleinere Übel als viele der diskutierten neuen Quersubventionen. Eine Reform könnte sich auf die Ausweitung der beruflichen Vorsorge auf tiefere Einkommen beschränken. Damit wären vermehrt auch Teilzeitbeschäftigte abgedeckt. Das klingt populär, und das kann man wollen. Doch das erfordert zusätzliche Lohnabzüge bei den Betroffenen. Solange das Gewerbe wegen der Kosten eine solche Minireform ablehnt, wird auch daraus kaum etwas werden.

SGB: “Teure Abbauvorlage”

4. Februar 2023

Der Gewerkschaftsbund schreibt in einer Mitteilung zu den Entscheiden der SGK-N zur BVG-Reform:

"Die Reform der zweiten Säule verkommt im Parlament zur Abbauvorlage. Versicherte Arbeitnehmende sollen mehr bezahlen, aber weniger Rente erhalten. Nicht nur die Lösung der Sozialpartner und des Bundesrats fegte die zuständige Sozialkommission des Nationalrats vom Tisch. Auch Massnahmen für eine echte Gleichstellung in der 2. Säule lehnt die SGK-N ab. Sie weigert sich, auf den Rentenabbau durch die Teuerung zu reagieren oder griffige Instrumente zur Eindämmung der explodierenden Kosten und der Gewinnabschöpfung in der 2. Säule umzusetzen.

Dabei zweigen Pensionskassen und Versicherungen schon heute jährlich rund 7 Milliarden Franken aus der Sozialversicherung ab – mit dieser «Reform» werden die Kosten weiter explodieren. Gleichzeitig drohen einer Kassiererin, einem Bäcker oder einer Pflegerin mit der BVG-Reform höhere Lohnabzüge, um am Ende weniger Rente zu bekommen.

Sofern notwendig, werden die Erwerbstätigen an der Urne entscheiden können, ob sie 3 Milliarden Franken zusätzliche Lohnabzüge in die Pensionskassen stecken wollen, um dafür am Ende weniger Rente zu erhalten, oder ob sie damit eine 13. AHV-Rente finanzieren wollen. Die Rechnung ist einfach: Die Stärkung der AHV lohnt sich für 90 Prozent der Bevölkerung, gerade für untere und mittlere Einkommen und für die Frauen."

SGB

SGB: BVG-Referendum kommt

2. Februar 2023

Pierre-Yves Maillard

«Wir werden das Referendum ergreifen», kündigt Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard in einem Interview im Blick an. Auszüge:

Blick: Herr Maillard, bei der BVG-Reform geht es auf die Zielgerade. Am Donnerstag beschäftigt sich die nationalrätliche Sozialkommission mit dem Vorschlag des Ständerats. Bieten Sie nun endlich Hand zu einem Kompromiss?
Pierre-Yves Maillard: Wir hatten einen Kompromiss! Die Gewerkschaften haben mit den Arbeitgebern hart und fair verhandelt und eine Lösung gefunden, die der Bundesrat übernommen hat. Die bürgerlichen Parteien haben diesen Kompromiss vom Tisch gefegt. Ich

werde in der Sozialkommission aber beantragen, auf den Sozialpartner-Kompromiss zurückzukommen.

Im Wissen darum, dass Sie damit scheitern. Und danach schalten Sie auf stur?
Mit dem Ständeratsvorschlag müssen Arbeitnehmende und Arbeitgebende jährlich drei Milliarden Franken zusätzlich an Beiträgen bezahlen. Im Gegenzug wird der Umwandlungssatz gesenkt. Das bedeutet eine generelle Rentensenkung. Das ist inakzeptabel.

Weiterlesen »

PENSIONSKASSEN

Migros PK mit -5,6% Rendite, Umstellung auf Beitragsprimat

9. Februar 2023

Die MPK erzielte im Geschäftsjahr 2022 eine Anlagerendite von -5.6%. Die Strategievorgabe konnte um 1.6 Prozentpunkte übertroffen werden. Die Vermögensdiversifikation mit einer hohen Gewichtung von Immobilien- und Infrastrukturanlagen konnte die hohen Verluste auf den Nominalwerten und den Aktien teilweise kompensieren und das Risiko-Ertragsverhältnis positiv beeinflussen. Das Geschäftsjahr schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 2011,9 Mio. Franken, wodurch der Deckungsgrad auf 124.5% (-9.4 Prozentpunkte) sank.

Insgesamt reduzierten sich die Kapitalanlagen um 2,1 Mrd. auf 27,6 Mrd. Franken. Hiervon entfallen 32.6% auf die Nominalwerte und 25,2% bzw. 40.2% auf die Aktien und Immobilienanlagen. In Gold sind 2,0 % des Anlagevermögens investiert. Der Verwaltungsaufwand pro versicherte Person beträgt 99,1 Franken und die Vermögensverwaltungskosten liegen bei 4,5 Rappen pro 100 Franken Vermögensanlagen. Der Versichertenbestand betrug Ende 2022 80’200 Personen (800 Personen weniger als im Vorjahr), davon waren unverändert 29’300 Rentenbezüger.

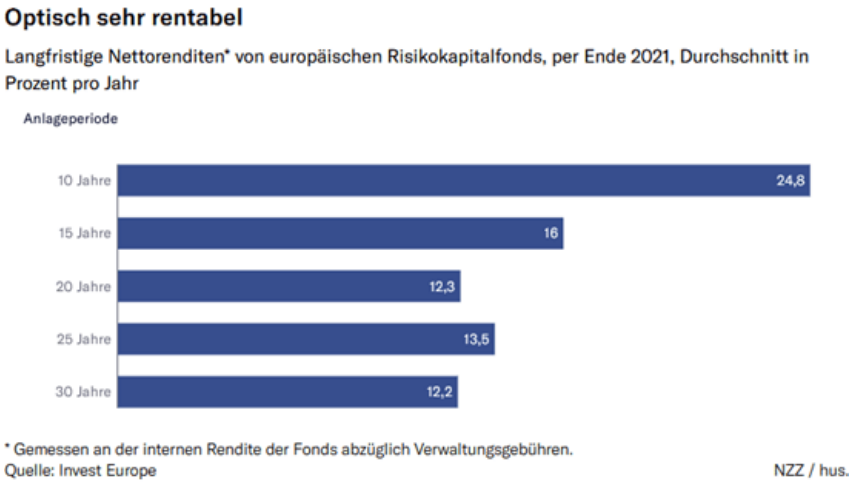
Weiterlesen »

KAPITALANLAGEN

Vernachlässigte Startups?

12. Februar 2023

Risikokapitalfonds in Europa haben laut Erhebungen im langfristigen Mittel Anlagerenditen von über 12 Prozent pro Jahr erzielt. Schweizer Pensionskassen haben sich bisher davon kaum beeindrucken lassen – weshalb die Idee eines staatlichen Anschubs salonfähig geworden ist. Die gezeigten Renditen beschönigen aber das Bild, schreibt Hansueli Schöchli in der NZZ und dabei konkret auf die Strategie der Manor-PK eingeht.



Positive Erfahrungen meldet die Pensionskasse der Warenhausgruppe Manor. Sie ist relativ aktiv in «alternativen Anlagen». Zu diesem Segment zählen etwa Hedge-Funds (ein Sammelbegriff für viele unterschiedliche Fonds mit eher hohen Risiken) sowie Vehikel für Anlagen in nicht börsenkotierte Firmen (Private Equity). Zu Private Equity zählen auch Venture-Fonds.

Die Manor-Pensionskasse verwaltet Vermögen von etwa 1,8 Milliarden Franken. Der Richtwert des Anteils für Private Equity beträgt 4,5 Prozent – was etwa dem Doppelten des Branchenmittels entsprechen dürfte. Rund ein Fünftel der Private-Equity-Anlagen bei der Manor-Pensionskasse liegt in Venture-Fonds. Seit 1999 investiere man in Private Equity via globale Dachfonds, sagt der Geschäftsführer Martin Roth. Er ist seit 2022 auch Präsident des Pensionskassenverbands.

Weiterlesen »

Pensionskassen und Nachhaltigkeit

6. Februar 2023

Kurt Speck befasst sich in der Handelszeitung mit dem Thema Nachhaltigkeit bei der Vermögensverwaltung von Pensionskassen.

Handelszeitung

VERSICHERTE

Der Staat – ein grosszügiger Arbeitgeber

10. Februar 2023

Wer in der Verwaltung arbeitet, verdient mehr als in der Privatwirtschaft. Der durchschnittliche Jahreslohn in der Bundesverwaltung beträgt rund 120’000 Franken für eine Vollzeitstelle. In der Privatwirtschaft beträgt der Durchschnittslohn 90’000 Franken. Doch jetzt gibt eine

Lohnstudie des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) einen präziseren Einblick in die unterschiedlichen Lohnstrukturen.

Lohnprämie in der Bundesverwaltung

Beim Bund verdient man zwischen 6.5 bis 16.8 % mehr als eine Person mit gleicher Qualifikation in der Privatwirtschaft.*

*Als Referenz dient das Bruttoeinkommen einer Person mit dem gleichen Alter, Ausbildungsniveau, Geschlecht und weiteren identischen Merkmalen im privaten Sektor (in CHF).

Die Autoren der Studie verglichen dabei «statistische Zwillinge», also Personen mit dem gleichen Alter, Geschlecht, Ausbildung und weiteren identischen Merkmalen miteinander. Die Resultate zeigen: Im Mittel verdient ein Bundesangestellter rund 14'000 Franken oder 12 Prozent mehr als sein «statistischer Zwilling» in der Privatwirtschaft. Damit erhält er quasi einen 14. Monatslohn. Eine solche Lohnprämie der Bundesangestellten – in der Forschung als Public-Private-Pay-Gap beschrieben – bleibt nicht ohne Folgen für den Arbeitsmarkt. Der «Nebelspalter» hat mit dem Mitautor und Direktor des IWP, Prof. Christoph Schaltegger über die Folgen gesprochen. Auszüge:

> **In der Vergangenheit war zu lesen, dass gerade Bundesangestellte von einer automatischen Lohnerhöhung profitieren. Welche Rolle dürfte dies spielen?**
> Wir kennen nur das Gesamteinkommen und können keine Rückschlüsse ziehen, inwiefern diese auf automatische Lohnerhöhungen zurückgehen. Mit Einführung des New Public Management hat die Bundesverwaltung versucht, Kriterien zur Produktivitätsmessung ihrer Mitarbeitenden anzulegen. Dem Bund sollte damit ein unternehmerischer Anstrich verpasst werden. Daran geknüpft sind Lohnerhöhungen der Bundesangestellten.

Weiterlesen »

Wo wohnen im Alter?

10. Februar 2023

UBS hat einen Bericht zu Fragen von Wohnort, Steuern und Pensionierung verfasst. Kurz zusammengefasst heisst es:

- Ein Umzug zum Zeitpunkt der Pensionierung kann für die Haushaltsfinanzen einen grossen Unterschied machen. Bisher wurde diese Möglichkeit relativ wenig genutzt, sie dürfte in Zukunft aber an Bedeutung gewinnen.
- Aus finanzieller Sicht sind die Immobilienpreise, Steuern und übrigen Lebenshaltungsausgaben massgebend für die Attraktivität einer Gemeinde als Ruhestandsort.

- Über das höchste Gesamtvermögen zehn Jahre nach der ordentlichen Pensionierung verfügt, wer sich in der Ostschweiz, im Tessin oder in Teilen der Nordwest und Zentralschweiz niederlässt.

Bericht UBS

Zinslose FZ-Gelder der Auffangeinrichtung

2. Februar 2023

BSV. Bereits im September 2020 hat das Parlament der Auffangeinrichtung für drei Jahre das Recht eingeräumt, bei einer Unterschreitung des Deckungsgrades von 105% maximal 10 Milliarden Franken zinslos bei der Bundestresorerie anzulegen. Der Bundesrat schlägt vor, diese Regelung um weitere vier Jahre zu verlängern.

Die Auffangeinrichtung muss die Höhe dieser Gelder garantieren. Sie selber legt diese Gelder an den Finanzmärkten an. Aufgrund der positiven Zinsen ist dies aktuell möglich. Angesichts der hohen Schwankungen an den Finanzmärkten und der unsicheren Zinsentwicklung erleichtert es aber ihre Aufgabe, wenn sie diese Gelder bei Bedarf risikolos bei der Bundestresorerie deponieren kann. In der Vernehmlassung hat sich eine deutliche Mehrheit der Teilnehmer für diese Massnahme ausgesprochen.

Mitteilung BSV

STUDIEN - LITERATUR

Durchblick bei den drei Säulen

7. Februar 2023

Die Zeitschrift “Schweizer Monat” hat in Zusammenarbeit mit Valitas eine Beilage zum Thema Altersvorsorge und Sozialversicherung zur Februarausgabe herausgegeben.

Dabei wird auch allerhand Kritik am herrschenden System geübt. Adriano Lucatelli, Gründer und CEO des Fintech-Unternehmens Descartes, etwa träumt von einer individualisierten und digitalisierten Vorsorge nach amerikanischem Vorbild. In seinem Beitrag schreibt er:

"Mit digitalen Lösungen lässt sich eine Optimierung des Portfolios hinsichtlich Lebensphase und Alter kostengünstig und effizient bewerkstelligen. Es ist keine Rocket Science. In dieser Hinsicht ist das Schweizer Pensionskassensystem ein ziemlicher Horror. Finanzwirtschaftlich gesprochen: Die Stiftungsräte oder ihre Beauftragten maximieren nicht den Erwartungswert des Alterskapitals eines 30-Jährigen bei der Pensionierung. Sie maximieren den Erwartungswert des Alterskapitals des durchschnittlichen Versicherten ihrer Pensionskasse.
Weiterlesen »

DIENSTLEISTETER

Kooperation von Lombard Odier mit Pensexpert

2. Februar 2023

In rascher Folge vernetzt sich der Luzerner Vorsorge-Spezialist Pensexpert mit Privatbanken. Nun konnte ein grosses Genfer Institut als Partner gewonnen werden. Finews schreibt:

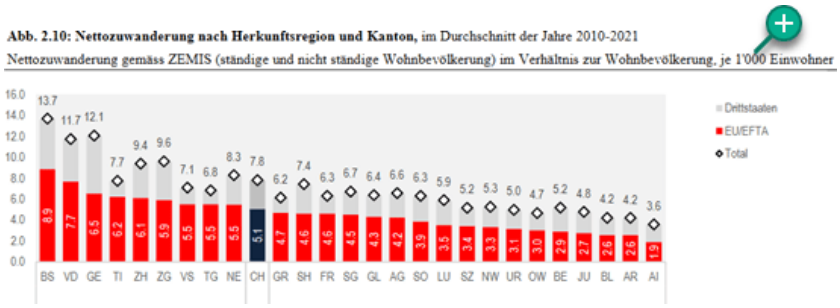
> Lombard Odier geht eine Kooperation mit Pensexpert ein, wie die Genfer Privatbank mitteilt. Die Kunden des Instituts erhalten so Zugang zu den Stiftungslösungen der Luzerner Vorsorge-Spezialistin, wie es weiter hiess. Die Verwaltung der Gelder übernimmt dabei das Anlageteam von Lombard Odier.
>
> Die Kooperation zielt auf die 2. Säule mit der beruflichen Vorsorge, namentlich auf die Freizügigkeitsgelder wie auch auf überobligatorische Pensionskassen-Gelder von Gutverdienenden und Kadern. Andreas Arni, der Chef für das Schweizer Geschäft der Privatbank, will mit der Partnerschaft das Angebot im Vorsorge-Bereich in der Deutsch- wie in der Westschweiz vervollständigen.

Weiterlesen »

SOZIALVERSICHERUNG

Von Netto-Zahler zu Netto-Empfänger

1. Februar 2023



Die Personenfreizügigkeit mit der EU hat in den vergangenen Jahren vor allem die Schweizer Altersvorsorge gestützt. Auf längere Sicht ist indessen zu beachten, dass die Einwanderer von Nettozahlern zu Nettoempfängern werden, schreibt Michael Ferber in der NZZ. Zur Situation bei der AHV heisst es:

> Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Im Jahr 2021 hatte sie Ausgaben von rund 47 Milliarden Franken. Wie das Seco in seinem 2022 publizierten Bericht zum Freizügigkeitsabkommen mit der EU ausführt, tragen

ausländische Staatsangehörige stark zur Finanzierung der ersten Säule des Altersvorsorgesystems bei.

Im Jahr 2019 beteiligten sich Staatsangehörige von EU- und Efta-Staaten laut Seco mit 27,1 Prozent an der Finanzierung der ersten Säule des Schweizer Altersvorsorgesystems, während sie 15,2 Prozent der Gesamtsumme der individuellen Leistungen bezogen. «Über die kürzere Frist betrachtet, hat die Personenfreizügigkeit also klare Vorteile für die Finanzierung der AHV», sagt Jérôme Cosandey, Directeur romand und Forschungsleiter Tragbare Sozialpolitik beim Think-Tank Avenir Suisse.

Allerdings ist diese Rechnung unvollständig. Schliesslich sind die heutigen Lohnbeitragszahler künftige Rentner – auf Sicht von mehreren Jahrzehnten könnten sie also die AHV belasten. Dabei ist wiederum zu berücksichtigen, dass im Jahr 2021 nur 7 Prozent der EU- und Efta-Staatsangehörigen bei den Altersrenten eine Vollrente bezogen. Dies liegt daran, dass viele der Einwanderer erst im Verlauf ihres Arbeitslebens in die Schweiz gekommen sind und folglich keine volle «Beitragskarriere» aufweisen. So belasten sie die AHV im Alter auch weniger stark.

Artikel NZZ, Daten Seco

“Diese Zusatzrente ist überflüssig”

1. Februar 2023

Die sogenannte AHV-Kinderrente ist nicht gerechtfertigt. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass Seniorenhaushalte mit Kindern heute kein allgemeines soziales Risiko darstellen, heisst es in der NZZ zu einer Studie des BSV.

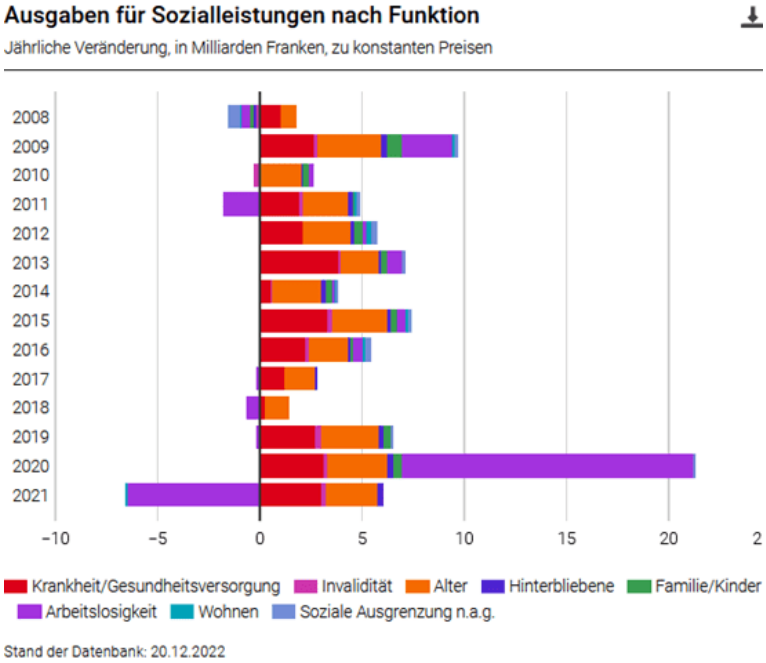
Um die Frage zu klären, ob Kinder in Rentnerhaushalten ein soziales Risiko darstellen, haben die Verfasser der BSV-Studie die wirtschaftlichen Verhältnisse (Medianlöhne) von ähnlichen Haushalten, die keine Kinderrenten beziehen, verglichen. Die Studie zeigt Erstaunliches: AHV-Rentner mit Kinderrenten sind länger erwerbstätig. Sofern sie zusammenleben, ist ihre EL-Bezugsquote mit 9,2 Prozent tiefer als die Durchschnittsquote von AHV-Rentnern (12,5 Prozent). Würde die Kinderrente wegfallen, betrüge die EL-Quote für Seniorenhaushalte mit Kindern noch 12,4 Prozent. Dies heisst nichts anderes, als dass wegfallende Seniorenkinderrenten keinen deutlich gesteigerten Bedarf an Ergänzungsleistungen auslösen würden.

Seniorenhaushalte mit Kindern stellen kein allgemeines soziales Risiko dar. Aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht rechtfertigt es sich seit Jahren nicht mehr, rund 25 000 pensionierte Väter im In- und Ausland zu alimentieren, deren Bedarf augenscheinlich nicht besteht. Das gut eingeführte Ergänzungsleistungsrecht, das verfassungsrechtlich zusammen mit der AHV- oder der IV-Rente den Existenzbedarf sichert, steht dort offen, wo tatsächlich Bedarf besteht.

NZZ / Studie BSV

Sozialausgaben auf hohem Niveau

13. Februar 2023



BFS. 2021 beliefen sich die Sozialleistungen in Europa auf 15 600 Franken pro Kopf (in Kaufkraftparitäten, KKP, Medianwert). Im europäischen Vergleich lagen die Sozialausgaben der Schweiz auf einem hohen Niveau (23 900 Franken KKP pro Kopf), vergleichbar mit jenem anderer Länder wie Österreich, Dänemark (je 23 100 Franken KKP pro Kopf) oder Deutschland (23 600 Franken KKP pro Kopf).

Die Sozialleistungen der Schweiz machten 27,9% des BIP aus und lagen damit 2,2 Prozentpunkte über dem europäischen Median (25,7% des BIP). Die Ausgaben für Sozialleistungen in Prozent des BIP waren in den Nachbarländern höher als in der Schweiz (Frankreich: 33,3%; Österreich: 31,8%; Italien: 31,5%; Deutschland: 31,0%).

Auswertung BFS

TERMINE

Tagungen, Versammlungen, Konferenzen

FEBRUAR

- 28. Februar, Zürich
  Aon
  Vorsorge-Apéro 2023. Website

MÄRZ

- 2. März, Bern
  Aon
  Vorsorge-Apéro 2023. Website
- 9. März 2023, Genf
  Swiss Life Pension Services
  Pension Apéritif. Website
- 16. März 2023, Zürich
  Swiss Life Pension Services
  Pension Day. Website

weitere Termine ....

Impressum
Herausgeber: Vorsorgeforum - www.vorsorgeforum.ch
Redaktion: Peter Wirth, E-Mail
Inserate: Wir informieren Sie gerne über unsere Bedingungen.
Abo: Sie können diesen Newsletter unentgeltlich auf unserer Website abonnieren. Wenn Sie von der Mailing-List gestrichen werden wollen, so klicken Sie bitte auf den Link in der untersten Zeile dieser Seite.
Mitteilungen an die Redaktion unter info@vorsorgeforum.ch.

Der Newsletter erscheint i.d.R. alle vierzehn Tage.

Das Vorsorgeforum wurde 1989 gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: private und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, Organisationen der Sozialpartner, der Schweizerische Pensionskassenverband, Pensionskassen-Experten, der Schweizerische Versicherungsverband, die Bankiervereinigung, Dienstleistungsunternehmen im Bereich berufliche Vorsorge und engagierte Private.